Die Beispiele sind berechnet auf der Grundlage, daß der Anteil des Materials und der fremden Lohnarbeit am Gesamtumsatz gegenüber der planmäßigen Zusammensetzung (54 %: 46 %) um 3 % des Gesamtumsatzes gestiegen ist (Ist-Zusammensetzung 51 %: 49 %). Da höchstens eine Zunahme des Materialanteiles um 1,5 % anerkannt wird, ist die anzuerkennende Zusammensetzung 52,5 %: (46 + 1,5 =) 47,5 %. Der Istumsatz der Arbeitsleistung ist somit = 52,5 % zu setzen und demzufolge der anzu er kennende Umsatz des Materials und der fremden Lohnarbeit nach der Formel

$$\frac{\text{Istumsatz der Arbeitsleistung} \times 47,5}{52,5}$$

52,5

zu berechnen. Die Summe des Istumsatzes der Arbeitsleistung und des anerkannten Umsatzes des Materials und der fremden Lohnarbeit ergibt den anzuerkennenden Gesamtumsatz der Hauptleistungen, der zuzüglich des Istumsatzes der Nebenleistungen, außer Handelsumsatz, und gegen über gestellt mit dem Planumsatz den Prozentsatz der anerkannten Leistungserfüllung ergibt. Eine eventuelle Übererfüllung des Handelsumsatzes bleibt hierbei unberücksichtigt.

Neunte Durchführungsbestimmung* zur Verordnung zur Verbesserung der Arbeit der allgemeinbildenden Schulen.

(Abschluß von Arbeitsverträgen mit ehemaligen Lehrern)

Vom 1. Juli 1956

Auf Grund des § 67 Abs. 4 der Verordnung vom 4. März 1954 zur Verbesserung der Arbeit der allgemeinbildenden Schulen (GBl. S. 269) wird zur Durchführung des § 5 Abs. 5 folgendes bestimmt:

§ 1

Mit ehemaligen Lehrkräften, die infolge Alters aus dem Schuldienst ausgeschieden sind, und mit Lehrerinnen, die nach Verheiratung aus dem Schuldienst ausgeschieden sind, können zur Übernahme von dringenden Vertretungen bei plötzlichem Lehrerausfall durch Krankheit oder Unfall kurzfristige Arbeitsverträge abgeschlossen werden.**

§ 2

Mit ehemaligen Lehrern, die für den Schuldienst wiedergewonnen werden, die aber nicht mehr mit voller Pflichtstundenzahl tätig sein können, können langfristige Verträge abgeschlossen werden.**

§ 3

Für die Unterrichts- und Erziehungsarbeit in den allgemeinbildenden Schulen (Unter- und Mittelstufe) können befristete Arbeitsverträge auch mit Lehrkräften abgeschlossen werden, die die pädagogische Grundausbildung noch nicht beendet haben (Lehrantsbewerber und Lehrantsanwärter). Diese Lehrkräfte können mit voller Pflichtstundenzahl eingesetzt werden.

§ 4

Die befristeten Arbeitsverträge können mit Lehrkräften abgeschlossen werden, die vor der Lösung des

* 8. DB (GBl. I S. 222)

** Die Vertragsmuster sind beim Vordruck-Leitverlag, Erfurt, Anger 37/38, erhältlich.

Arbeitsrechtsverhältnisses noch nicht die pädagogische Grundausbildung beendet haben, und mit Fachkräften, die auf Grund ihrer bisherigen guten Arbeit als Trainer und Sportler, Kunstmaler, Berufsmusiker, Techniker, Ingenieure, Facharbeiter, Dolmetscher usw. als Fachlehrer (bis zum Abschluß der Ausbildung als Lehramtsanwärter) in den Fächern Turnen, Gesang und Musik, Werken, Physik, Chemie oder Russisch eingestellt werden können.

§ 5

(1) Die Abteilung Volksbildung des Rates des Kreises schließt nach Zustimmung durch die Abteilung Volksbildung des Rates des Bezirkes mit der Lehrkraft den Arbeitsvertrag ab. Der Arbeitsvertrag kann beiderseits mit einer 14tägigen Kündigungsfrist gelöst werden (siehe Verordnung vom 7. Juni 1951 über Kündigungsrecht [GBl. S. 550]).

(2) Die Lehrkräfte sind, wenn sie mit voller Pflichtstundenzahl beschäftigt werden, zunächst als Lehrkräfte ohne abgeschlossene Ausbildung in der Schulstufe zu besolden, in der sie mit der Mehrzahl der Stunden eingesetzt sind.

§ 6

Die Ansprüche der ehemaligen Lehrer auf Altersrente oder zusätzliche Altersversorgung werden durch diese Verträge nicht berührt.

§ 7

Die nach §§ 3 und 4 eingestellten Lehrkräfte sind verpflichtet, sich extern unter Anleitung einer Lehrerausbildungseinrichtung auf eine Prüfung in den pädagogischen Fächern für die Stufe, in der sie überwiegend unterrichten, vorzubereiten.

§ 8

(1) Die Abteilungen Volksbildung der Räte der Bezirke wählen zur Betreuung der Lehrkräfte, die sich auf die Prüfung vorbereiten, Institute für Lehrerbildung im eigenen Bezirk aus. Bis zum 20. September eines jeden Jahres melden die Abteilungen Volksbildung der Räte der Bezirke den betreffenden Instituten für Lehrerbildung die Prüflinge. Der Direktor des Instituts für Lehrerbildung führt im Oktober mit dem Bewerber ein persönliches Gespräch und legt die Zeit für die Vorbereitung auf die Prüfung fest. Diese Vorbereitungszeit ist in dem Vertrag aufzunehmen. Die Abteilungen Volksbildung der Räte der Bezirke und Kreise haben die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die im Vertrag festgelegte Vorbereitungszeit eingehalten wird. Besondere Unterstützung ist den Lehrerinnen zu gewähren, die auf Grund mütterlicher Verpflichtungen zeitweilig aus dem Schuldienst ausgeschieden sind.

(2) Für die Anleitung und Kontrolle der Vorbereitung auf die staatliche Abschlußprüfung ist der Direktor des Instituts für Lehrerbildung verantwortlich. Individuelle Konsultationen und Hospitationen sind mit den Lehrkräften zu vereinbaren. Der Leiter der allgemeinbildenden Schule wird verpflichtet, den genannten Lehrkräften bei der Vorbereitung auf die Prüfung zu helfen und das Selbststudium zu kontrollieren. Diese Lehrkräfte sind für Konsultationen und Prüfungen zu beurlauben.

§ 9

(1) Neueingestellte Lehrkräfte der Mittelstufe, die bisher noch nicht auf pädagogischem Gebiet tätig waren, sind bis zum 20. September eines jeden Jahres von der Abteilung Volksbildung des Rates des Be-